

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 040 | 20.10.2023

Wir fordern: Cannabislegalisierung stoppen! Gesundheitsschutz verbessern – Prävention und Forschung stärken

Liebe Leserin, lieber Leser,

in diese Sitzungswoche fand im Deutschen Bundestages die 1. Lesung des von der Ampel vorgelegten Entwurfs eines Cannabis-Legalisierungsgesetzes statt. Konkret soll vor allem privater Eigenanbau, gemeinschaftlicher nichtgewerblicher Eigenanbau und die „kontrollierte“ Weitergabe von Konsumcannabis durch Anbauvereinigungen an Erwachsene zum Eigenkonsum ermöglicht werden.

Im Rahmen der 1. Lesung wir als Unionsfraktion unseren eigenen Antrag „Cannabislegalisierung stoppen, Gesundheitsschutz verbessern – Aufklärung, Prävention und Forschung stärken“ in die parlamentarischen Beratungen eingebracht.

Wir sind ausdrücklich gegen diese Legalisierung dieser gefährlichen Droge!

Der Konsum von Cannabis hat oftmals schwerwiegende gesundheitliche Auswirkungen.

Besonders gefährdet sind junge Menschen bis 25 Jahre, da bei ihnen die Entwicklung des Gehirns noch nicht abgeschlossen ist. Studien zeigen, dass intensiv Cannabis-Konsumierende häufiger die Schule abbrechen und ungünstigere Bildungsabschlüsse als Nicht-Konsumierende aufweisen. Das müssen wir ernst nehmen!

Die Pläne der Ampel werden zu einer Ausweitung des Cannabiskonsums und somit zu schweren gesundheitlichen Folgen führen – insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Dass der Gesetzesentwurf in die falsche Richtung geht, zeigt sich auch daran, dass Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach

einerseits einen Gesetzentwurf zur Legalisierung von Cannabis vorlegt, zeitgleich aber vor den Gefahren des Konsums warnt. Parallel zu den Legalisierungsplänen will die Ampel die Mittel im Bereich „Aufklärungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs“ im Bundeshaushalt 2024 um 4 Mio. Euro kürzen.



Das macht die Hilflosigkeit des Gesundheitsministers noch offenkundiger!

Auch eine Entlastung der Justiz oder ein Zurückdrängen des Schwarzmarktes wird mit dem Gesetz nicht erreicht werden. Das Gesetz wird zudem zu einem immensen Vollzugs- und Überwachungsaufwand führen. Viele Vorgaben – z.B. im Bereich des privaten Eigenanbaus oder bei der Einhaltung von Konsumverbotszonen – dürften kaum kontrollierbar sein.

Unsere Haltung:

Wir lehnen eine Legalisierung von Cannabis ab. Anstelle der von der Ampel geplanten Legalisierung bedarf es vielmehr einer verstärkten Prävention und Aufklärung über die Gefahren, die durch den Konsum von Cannabis entstehen können – insbesondere für Kinder und Jugendliche. Darüber hinaus kommen die von der Ampel geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt 2024 an den Maßnahmen und Programmen für Aufklärung und Prävention im Bereich Sucht und Drogen zum völlig falschen Zeitpunkt. Wir fordern die Ampel auf: Prävention anstatt Legalisierung!

Verherrlichung von Terror in Deutschland unterbinden – Antisemitismus entschieden bekämpfen“

Der 7. Oktober 2023 – der erste Tag der Terrorwelle der Hamas gegen Israel – wird als schwarzer Tag in die Geschichtsbücher des jüdischen Volkes eingehen. Seit dem Menschheitsverbrechen der Shoa sind an keinem Tag so viele Jüdinnen und Juden gewaltsam um ihr Leben gebracht worden. Zudem wurden zahlreiche Menschen verschleppt und sind noch in den Händen der Terroristen – unter ihnen auch deutsche Staatsangehörige.

In der vergangenen Woche hat der Deutsche Bundestag diese schändlichen Taten einmütig verurteilt und die volle Solidarität mit Israel erklärt.



Derweil wird von einigen Demonstranten auf deutschen Straßen der Tod von Jüdinnen und Juden gefeiert. Diese offene Zurschaustellung von Hass, Hetze und offenem Antisemitismus erschüttert uns. Vereine und Organisationen unterstützen teils offen und teils unter dem Deckmantel vermeintlicher „humanitärer Ziele“ die Hamas oder andere militante palästinensische Gruppen. Wir müssen den Kampf gegen Antisemitismus nun noch entschlossener führen. Deshalb hatten wir eine [„Aktuelle Stunde“ mit dem Titel „Verherrlichung von Terror in Deutschland unterbinden – Antisemitismus entschieden bekämpfen“](#) beantragt, der sich die Koalitionsfraktionen angeschlossen hatten.

Unser demokratischer Staat darf nicht dulden, dass auf deutschen Straßen der Tod von Jüdinnen und Juden gefeiert wird. Unser Rechtsstaat muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln sicherstellen, dass jede Form antisemitischer Gewaltverherrlichung unterbunden wird. Meinungsfreiheit endet dort, wo zur Vernichtung Israels aufgerufen, Juden der Tod gewünscht oder der Holocaust geleugnet wird.

Die Ereignisse in Deutschland zeigen: Wir müssen den Kampf gegen Antisemitismus in unserem Land jetzt noch entschlossener führen.

Das bedeutet insbesondere: alle Mittel ausschöpfen, Straftaten konsequent verfolgen, verbotene Demonstrationen unterbinden sowie jüdische Einrichtung und jüdisches Leben in Deutschland verlässlich schützen. Dazu zählt auch, Vereine und Organisationen, die die Hamas oder andere islamistisch-militante Organisationen unterstützen, zu verbieten und aufzulösen.

Reform der Ausbildung der Physiotherapieberufe – Evolution statt Revolution

Mit unserem [Antrag](#) – den wir in dieser Woche erstmalig beraten haben – wollen wir die Neugestaltung sowie eine pädagogische, didaktische und inhaltliche Reformierung der Berufe in der Physiotherapie anstoßen. Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf. Eine Ausbildungsreform muss in diesem Zusammenhang die Teilakademisierung im Blick haben, die Ausbildungswege sowohl patienten- als auch berufsgerecht ausgestalten und die Kompetenzen der Berufsbilder in der Physiotherapie erweitern.



Dabei wollen wir auf die bestehenden Strukturen in der Ausbildung zurückgreifen. Auch die Möglichkeiten für blinde, hörgeschädigte oder sehbehinderte Menschen müssen erhalten bleiben. Gleichzeitig muss die Attraktivität des Berufsbildes „Physiotherapeut“ durch neue (auch akademische) Ausbildungsmöglichkeiten gesteigert werden.

Um die Reform abzurunden, muss die Schulgeldfreiheit und die Ausbildungsvergütung gemeinsam mit den Ländern mitgedacht werden.

Hochschulische Pflegeausbildung stärken – Pflegerische Versorgung von morgen absichern

In den letzten beiden Legislaturperioden wurde die Basis für eine hochschulische und praxisorientierten Pflegeausbildung geschaffen wurde. Dennoch beginnen bisher nur wenige Studenten ein Pflegestudium. Dabei stellt akademische Pflegeausbildung neben der Arbeit der rein beruflich ausgebildeten Pflegefachleute eine wichtige Ergänzung dar, die sich auch deutlich auf die Versorgungsergebnisse auswirkt.

Mit unserem [Antrag](#) forderten wir die Bundesregierung deshalb auf, eine Ausbildungsvergütung für die Studentinnen und Studenten zu schaffen, wie sie bereits bei der beruflichen Pflegeausbildung und bei der Hebammenausbildung besteht. Ferner wollten wir die Bereitschaft in den Einrichtungen stärken, akademische Pflegekräfte auszubilden. Zugleich forderten wir einen Bund-Länder Gipfel zur gemeinsamen Etablierung von Arbeitsfelddefinitionen und Einsatzgebieten für hochschulisch ausgebildete Pflegefachkräfte. **Ampel: abgelehnt!**

Parallel zu unserem Antrag berieten wir den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Stärkung der hochschulischen Pflegeausbildung, zu Erleichterungen bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse in der Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften (Pflegestudiumstärkungsgesetz). Diesen Gesetzentwurf haben wir abgelehnt. Er deckt wichtige Fragen zur Steigerung der Eigenanteile in der Pflege nicht mit ab.

Ferner wird durch die nochmalige Verlängerung der Modellvorhaben für wichtige Gesundheitsberufe (Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden), welche in Änderungsanträgen aufgenommen wurde, erheblicher Unmut in diesen Fachbereichen ausgelöst.

Wasserstoffhochlauf pragmatisch, schnell und technologieoffen voranbringen – Für eine starke Wirtschaft, für Klimaneutralität

Wasserstoff ist der Schlüssel für eine starke und klimafreundliche Volkswirtschaft. Wasserstoff kann einen großen Beitrag zur Sicherung der Versorgung und zur Stärkung der Volkswirtschaft beitragen. Um die Vorteile der Wasserstoffnutzung breit zu entfalten, müssen die Weichen schnellstmöglich gestellt werden. ***Wir wollen und können Wasserstoff-Weltmeister werden.*** Dafür hat die vorherige Bundesregierung unter Führung der CDU/CSU im Jahr 2020 die erste Nationale Wasserstoffstrategie verabschiedet, die auch international weit hin für Anerkennung gesorgt hatte.

Die Ampel zögert, unsere Antworten als CDU/CSU-Fraktion für einen beschleunigten Wasserstoffhochlauf sind hingegen sehr klar. In unserem [Antrag](#), den wir in dieser Woche abschließend beraten, haben wir gefordert: Wasserstoffherzeugung und Importe müssen emissionsfrei bzw. -arm sein, aber nicht von Beginn an ausschließlich „grün“; die Wasserstoff-Infrastruktur muss von Beginn an ganz Deutschland einbeziehen und europäisch vernetzt sein; Anwendungsfelder für Wasserstoff ergeben sich in einem dynamischen Markthochlauf und sind nicht vorab politisch festzulegen; in Forschung und Entwicklung muss Deutschland wieder international führend werden.

Ampel: abgelehnt!

Neues aus dem Büro



Giulia geht – Kai kommt! Von dieser Woche an unterstützt mich in meinem Berliner Büro der Student an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg **Kai Bäuerle**. Herzlich Willkommen!

Video der Woche



Wenn sich die AfD zum Thema „Gendern“ äußert, ist das eine Steilvorlage für eine engagierte Kämpferin für die Gleichberechtigung. Mir hat die Rede durchaus Spaß gemacht: [KLICK](#)

Aus dieser Rede stammt auch mein

Zitat der Woche

«Was lange währt, Herr Kollege, ist trotzdem schlecht. ... Es ist offensichtlich, dass Sie Schwierigkeiten hatten, Ihr Sammelsurium verschiedener Ideen niederzuschreiben; Ideen, die nicht zusammenpassen und nur eines gemeinsam haben: dass sie nicht zusammenpassen.»

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN).

23. Simulation Europäisches Parlament (SIMEP) – am 14. Oktober 2023 in Berlin



Die Junge Europäischen Föderalisten (JEF) Berlin-Brandenburg veranstalten jedes Jahr die Simulation Europäisches Parlament (SIMEP). Hierbei schlüpfen Jugendliche in die Rolle von Europaabgeordneten und vertreten die Positionen ihrer Fraktionen und Mitgliedstaaten.

Ich durfte meine Erfahrung und Expertise aus meiner Zeit im Europäischen Parlament den Jugendlichen in einem Austausch weitergeben.

